

Nr. 17/441

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Europäische Dienstleistungsrichtlinie – Chancen nutzen, Risiken minimieren
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 11. Juli 2008
(Drucksache 17/487)
2. Wirtschaftsstraftaten konsequent verfolgen – Verjährung verhindern
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/524)
3. Geschichte der DDR im Unterricht an Schulen im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/525)
4. Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/526)

Nr. 17/442

Fragestunde

1. Bewertung der Partei „DIE LINKE.“ im Verfassungsschutzbericht 2007
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 11. September 2008
2. Arzneimittelumsätze im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 11. September 2008
3. Mehrfachbewerbungen von Studienanfängern
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. September 2008
4. Verschiebung der Semesterzeiten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. September 2008
5. Gentechnikfreie Region Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. September 2008
6. Umzug des Instituts für Fischereiökologie und des Instituts für Seefischerei nach Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. September 2008

7. Missachtung des Gesetzgebers durch die Verwaltung
Anfrage der Abgeordneten Sibylle Winther, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2008
 8. EU-Sportförderung
Anfrage der Abgeordneten Insa Peters-Rehwinkel, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 23. September 2008
 9. Allgemeines Verwaltungsrecht: Verwaltungssponsoring
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 1. Oktober 2008
 10. Tierhaltung im Zirkus
Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 1. Oktober 2008
 11. Innere Sicherheit: Türkisch-arabische Großfamilie „M“
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 1. Oktober 2008
 12. Castor-Transport vom 6. bis 10. November 2008
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 1. Oktober 2008
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/443

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Frank Willmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten Martin Günthner, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Bekämpfung der zunehmenden Piraterie zum Schutz der Seeschifffahrt“.

Nr. 17/444

Schule ohne Grenzen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. Mai 2008
(Drucksache 17/429)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/445

Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 2. September 2008
(Drucksache 17/520)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/446

Gegen Verharmlosung des Linksextremismus

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 11. August 2008
(Drucksache 17/501)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/447

Schächtverbot durchsetzen!

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 11. August 2008
(Drucksache 17/502)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/448

Leiharbeiter/-innen und Stammbeschäftigte gleichbehandeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Oktober 2008
(Drucksache 17/563)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 8. Oktober 2008

(Drucksache 17/572)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Der Senat wird aufgefordert, über den Bundesrat darauf hinzuwirken, dass für Leiharbeiter/-innen grundsätzlich ab dem ersten Tag ihrer Beschäftigung im Entleihbetrieb das Prinzip der Gleichbehandlung bei Entgelt und allen übrigen Arbeitsbedingungen gilt. Ausnahmen von dieser Regel darf es längstens für drei Monate und einmalig je Unternehmen geben.
2. Der Senat wird gebeten, über den Bundesrat auf die Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) hinzuwirken und dabei insbesondere auf folgende Neuregelungen zu dringen:
 - a) Tarifverträge der Zeitarbeitsbranche regeln Entgelte und Arbeitsbedingungen nur für überlassungsfreie Zeiten und den Einsatz in Unternehmen mit schlechteren oder gar keinen tariflichen Regelungen.
 - b) Zeitarbeiter/-innen und Stammbeschäftigte werden im Entleihbetrieb hinsichtlich Entgelt, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen vom ersten Tag an gleich gestellt, Ausnahmen darf es längstens für drei Monate geben.
 - c) Zeitarbeiter/-innen unterliegen der betrieblichen Mitbestimmung im Entleihbetrieb und beteiligen sich auch dort an der Wahl der Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenvertretungen (aktives Wahlrecht).
 - d) Die Festlegung des Anteils von Zeitarbeiter/-innen an der Gesamtbeschäftigtenzahl unterliegt der Mitbestimmung des Entleihbetriebs.
 - e) Da Zeitarbeit Personalengpässe im Entleihbetrieb überbrücken soll, beträgt die Höchsteinsatzzeit je Arbeitsplatz 24 Monate.
 - f) Das Synchronisationsverbot, das es Zeitarbeitsfirmen verbietet, Arbeitnehmer/-innen nur für die Dauer einer konkreten Überlassung zu beschäftigen, tritt wieder in Kraft.
 - g) In der überlassungsfreien Zeit sollen Zeitarbeitsfirmen ihren Mitarbeiter/-innen verstärkt Fortbildungen anbieten.
3. Der Senat möge sich dafür einsetzen, dass die Zeitarbeitsbranche mit dem Ziel in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen wird, Tarifverträge per Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich zu erklären.

Nr. 17/449

Strukturpolitisches Konzept zur Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung

Mitteilung des Senats vom 15. Juli 2008
(Drucksache 17/489)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/450

Bildungsgipfel 2008 – Bildung und Wissenschaft gemeinsam stärken

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 30. September 2008
(Drucksache 17/559)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 8. Oktober 2008

(Drucksache 17/571)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Rahmen des Bildungsgipfels dafür einzusetzen,

- dass der Bund gemeinsame Initiativen der Länder zur Verbesserung der Schul- und Hochschulbildung durch gezielte Maßnahmen unterstützt.
- dass die Länder eine verbindliche Verständigung über gemeinsame Bildungsstandards und -kompetenzen erreichen.
- dass der Bund künftig für bedürftige Kinder die Kosten für die Ausstattung mit Schulmaterialien übernimmt (z. B. im Rahmen eines Schulmittelbedarfs-Paketes).
- dass der Bund den weiteren Ausbau der Ganztagschulen unterstützt (z. B. im Rahmen eines Programms zur begleitenden Schulsozialarbeit an Ganztagschulen im Rahmen der Jugendhilfe).
- dass gemeinsam mit den anderen Ländern konkrete Verabredungen für eine einheitliche Besoldungsstruktur für Lehrkräfte getroffen werden.
- dass der Bund sich künftig verstärkt und dauerhaft an der Finanzierung von Hochschulbildung beteiligt.
- dass die Exzellenzinitiative fortgeführt wird.
- dass der Hochschulpakt über das Jahr 2010 hinaus fortgeführt wird.
- dass eine gemeinsame Strategie für gute Lehre entwickelt wird, um die Anzahl an Studienanfängern zu erhöhen, Studienabbrecherzahlen zu senken und Absolventenzahlen, insbesondere in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), zu steigern.
- dass der Bund und die Länder eine Strategie für mehr Bildungsbeteiligung und lebensbegleitendes Lernen entwickeln.

Nr. 17/451

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 7. Oktober 2008
(Drucksache 17/564)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/452

Änderung der Zahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und der FDP
vom 7. Oktober 2008
(Drucksache 17/565)

Der Ausschuss besteht aus 13 Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern.

